



BESCHLUSS

13.10.2018

Lehrermangel in Vorpommern bekämpfen – Lehrerinnenausbildung an der Universität Greifswald ausbauen

Die Mitgliedervollversammlung der AfB Vorpommern-Greifswald hat beschlossen:

- 1) Das SPD geführte Bildungsministerium und die SPD Landtagsfraktion werden aufgefordert, schnellstmöglich die Ausbildungskapazitäten für den Bereich Lehramt an der Universität Greifswald zu erhöhen und die Ausbildungsbedingungen zu verbessern.
- 2) Das SPD geführte Bildungsministerium und die SPD Landtagsfraktion werden aufgefordert, schnellstmöglich die Lehrerbildung an der Universität Greifswald um den Bereich Grundschullehramt sowie das Lehramt in Physik, Biologie, AWT, Sozialkunde und Informatik zu erweitern. Eine Einführung der Lehramtsfächer Chemie und Latein ist zu prüfen.
- 3) Das SPD geführte Bildungsministerium wird aufgefordert die Zahl der Mitarbeiter im Bereich der Fachdidaktik zu erhöhen und die prekären Arbeitsbedingungen in diesem Bereich schnellstmöglich zu beenden.
- 4) Das SPD geführte Bildungsministerium wird aufgefordert, schnellstmöglich einen Plan zur Verbesserung des Lehramtsstudiums an der Universität Greifswald vorzulegen, um die Zahl an Studienabbrüchen zu senken.
- 5) Der AfB Kreisvorstand wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag für den Kreisparteitag der SPD Vorpommern-Greifswald einzubringen und eine Beschlussfassung sowie eine Weiterleitung an den SPD Landesparteitag zu erwirken.

Begründung:

Immer offensichtlicher wirken sich die Fehlentwicklungen im Hochschulbereich der Lehramtsausbildung auf die Einstellungszahlen der Lehrerinnen und Lehrer aus. In vielen Regionen (insbesondere im Osten und im Südosten von M-V) wird massiv auf Vertretungslehrer und Seiteneinsteiger zurückgegriffen, um eine Mindestabdeckung des Unterrichts zu erreichen. Der sogenannte Lehrermangel ist inzwischen ein bundesweites

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Kreisverband Vorpommern-Greifswald



Phänomen, das von der GEW Bundesvorsitzenden mittlerweile als Bildungsnotstand bezeichnet wird. Die Strategie des Landes M-V, mit Hilfe von millionenschweren Imagekampagnen den Lehrerberdarf zu decken, dürfte anhand des ebenfalls hohen Bedarfes in anderen Bundesländern als gescheitert gelten. Bereits in den vergangenen Jahren hat die SPD in Vorpommern immer wieder auf die Notwendigkeit eines qualitativen und quantitativen Ausbaus der Lehrerausbildung an der Universität Greifswald hingewiesen. Mittlerweile ist eindeutig, dass zur Deckung des Lehrerberdarfs in Vorpommern sowohl die Ausbildungskapazitäten an der Universität Greifswald erhöht, als auch um den Bereich Grundschullehramt sowie weitere Bedarfsfächer erweitert werden müssen.

Wir müssen jetzt handeln. Schon jetzt wird eine ganze Schülergeneration in Vorpommern zu Leidtragenden der Fehlentwicklung in der Lehrerbildung und es drohen weitere Generationen „unter die Räder“ zu kommen. Dies wird sich auch auf die aktuelle Lehrerschaft auswirken und ihre Arbeitsbelastung massiv erhöhen. Der Antrag bietet Lösungsansätze, die durch die AfB gegenüber der SPD Landesregierung und der SPD Landtagsfraktion vertreten werden sollten.